



Presseinformation

Nr. 25.299

17.10.2025

Es gilt das gesprochene Wort

TOP 13 + 27 – Recht auf Bildung – Recht auf Unterricht + Kooperationen für Oberstufen stärken

Dazu sagt der bildungspolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Malte Krüger**:

Kooperationen für Oberstufen stärken das Recht auf Bildung

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleg*innen,

können Sie sich noch daran erinnern, als Sie 15/16 Jahre alt waren. Ich erinnere mich sehr gut daran. 2009 habe ich meinen Abschluss an der Fortuna Realschule in Glückstadt gemacht. Für mich war damals klar, dass ich weiter zur Schule gehen will und Abitur machen möchte. Das war mein Wunsch. Und ich hatte richtig Angst, dass ich keinen Platz bekomme und wie es dann mit mir weitergeht. Diese Unsicherheit war für mich damals belastend. Ich hatte den Drang mehr lernen zu wollen, aber wusste gar nicht, ob mir das ermöglicht wird. Ich hatte mich an vier Schulen beworben. Drei berufliche Schulen und das Detlefsen Gymnasium in Glückstadt. Die drei beruflichen Schulen haben mich abgelehnt, das Detlefsen Gymnasium in Glückstadt hat jedoch eine Zusage gegeben.

Dieses hatte zwei Jahre zuvor unter dem Schulleiter Hartmut Appel eine Art Kooperationsvertrag zwischen Realschule und Gymnasium vereinbart, damit Realschüler*innen nach dem Abschluss, wenn sie denn wollten und bestimmte Noten hatten, die Sicherheit hatten, in die Oberstufe zu kommen. Das war ein Game-Changer. Vorher war es strukturell nicht möglich, innerhalb von Glückstadt die Schule hin zum Gymnasium zu wechseln. Es werden sich Geschichten erzählt, dass vorherige Schulleiter*innen dies entschieden abgelehnt haben, weil Realschüler*innen an Gymnasien eben nichts zu suchen hatten. So war das damals.

Wir sind heute in einer anderen Zeit. Wir haben ein viel durchlässigeres Bildungssystem als vor 20 Jahren und das ist auch gut so. Und fast alle Schulen haben inzwischen Kooperationsverträge. Aber eben nicht alle. Mit unserem Antrag wollen wir

Kooperationsverträge befördern. Dazu soll die Handreichung aus dem Jahr 2014 für die Schulen aktualisiert werden. Außerdem sollen Vorlagen für Musterkooperationsverträge bereitgestellt und ein Controlling der Kooperationsverträge durch die Schulaufsichten sichergestellt werden.

Ich sage Ihnen das sehr deutlich: Wenn wir damit Schüler*innen an einigen Schulen die Angst nehmen können, nach dem Abschluss ihren Weg weitergehen zu können, hat sich das Ganze gelohnt. Denn Schüler*innen haben ein Recht auf Bildung. Damit komme ich dann zum gleichnamigen Antrag der SPD. Der Antrag ist nämlich ein Sammelsurium an bürokratischen Ideen, die in der Praxis weder umsetzbar noch zielführend sind.

1. Monitoring nach Fächern:

Die SPD fordert, dass Unterrichtsausfall künftig fachspezifisch erfasst werden soll, am liebsten für die sogenannten Kernfächer. Klingt gut, wäre momentan jedoch gar nicht machbar. Die Daten werden heute nicht erfasst. Es müsste ein komplett neues Erhebungssystem aufgebaut werden. Noch mehr Aufwand für die Schulen. Ich habe die SPD eigentlich immer so verstanden, dass die Schulen entlastet werden sollen.

2. Durchschnittliche Besetzungsquoten:

Momentan werden zu Stichtagen im August und Oktober die Stellenbesetzungen überprüft. Wovon genau die SPD ihre „Durchschnittswerte“ ableiten möchte, bleibt mir auch nach ihrer Rede völlig unklar. Und: Diese Zahlen sagen ohnehin wenig darüber aus, wie viel Unterricht tatsächlich ankommt. Sie erzeugen vor allem eins: zusätzlichen Verwaltungsaufwand ohne praktischen Mehrwert.

Das Recht auf Bildung gilt in Deutschland für jedes Kind, es ist in unserer Verfassung verankert. Und dieses Recht wird erfüllt. Seit 2018 liegt die Unterrichtsversorgung über 100 Prozent. Damit wurde eine wichtige Weiche gestellt, von der wir heute profitieren. Erst seitdem können Stundentafeln annähernd vollständig umgesetzt werden. Ich habe hier schon vergangenen Monat ausgeführt, dass wir natürlich bei möglichen finanziellen Spielräumen nachsteuern werden. Wir Grüne sind bereit, frei werdende Mitteln in die Unterrichtsversorgung zu geben.

Natürlich fallen momentan trotzdem Stunden aus, vor allem durch Krankheit. Aber mit dem Vertretungsfonds gibt es eine Vorsorge, mit flexiblen Einsatzmöglichkeiten, mit einem klaren Ziel: Ausfall so gering wie möglich zu halten.

Und: Wir tun was für die Lehrkräftegewinnung, vom erleichterten Quereinstieg über duale Masterstudiengänge bis hin zur besseren Verzahnung der Ausbildungsphasen, welche wir diese Legislaturperiode voranbringen wollen.

Die SPD zeichnet in ihrem Antrag ein düsteres Bild, das so nicht stimmt. Ja, es gibt Herausforderungen, aber wir werden sie nicht durch immer neue Bürokratie lösen. Mehr Tabellen und Durchschnittswerte schaffen keine einzige zusätzliche Unterrichtsstunde, keine einzige neue Lehrkraft. Eher das Gegenteil. Sie binden Lehrkräfte und damit Arbeitszeit.

Wir als Grüne fordern etwas anderes: Wir wollen nicht mehr Bürokratie, sondern mehr Freiräume für unsere Lehrkräfte. Wir brauchen eine gezielte Entlastung der Schulen, wir brauchen multiprofessionelle Teams, und wir brauchen eine Bildungspolitik, die die Energie der Lehrkräfte auf das Wesentliche lenkt – nämlich auf gute Bildung für unsere

Schüler*innen.

Vielen Dank.

**Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de